

Kurzbericht über die Sitzung des Gemeinderates

Sitzung vom 27. Februar 2020

Öffentlicher Teil:

1. Ausschreibung der Schulverpflegung in Mensen

Mehrheitlicher Beschluss bei fünf Gegenstimmen und zwei Enthaltungen entsprechend Sitzungsvorlage – Nr. 031/20/GR

2. Baustellenüberblick 2020/2021 und deren verkehrlichen Auswirkungen

Der Gemeinderat nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

3. Neubau Stadtbrücke und Abbruch Bestandssteg am Bahnhof

-Beschluss zur Einleitung eines VgV-Verfahrens zur Vergabe der Planungsleistungen für eine Stahlbrücke ohne Überdachung

-Beschluss zur Vergabe der Planungsleistungen zur Vorbereitung eines Baubeschlusses  
-Beschlussfassung

Einstimmiger Beschluss entsprechend der Empfehlung des Ausschusses für Technik und Umwelt vom 20. Februar 2020 entsprechend Sitzungsvorlage – Nr. 018/20/GR

4. Städtebaulicher Rahmenplan Stuttgarter Straße / Blumenstraße

- Beschlussfassung

Einstimmiger Beschluss entsprechend der Empfehlung des Ausschusses für Technik und Umwelt vom 20. Februar 2020 entsprechend Sitzungsvorlage – Nr. 020/20/GR

5. Erneuerung Eckertsbachverdolung / Erneuerung Parkplatz Christophstraße  
Baubeschluss

Einstimmiger Beschluss entsprechend der Empfehlung des Ausschusses für Technik und Umwelt vom 20. Februar 2020 entsprechend Sitzungsvorlage – Nr. 017/20/GR

6. Neubau Regenüberlaufbecken Christophstraße

Baubeschluss

Einstimmiger Beschluss entsprechend der Empfehlung des Betriebsausschusses für Stadtentwässerung vom 20. Februar 2020 entsprechend Sitzungsvorlage – Nr. 021/20/GR

7. Neubestellung des Anwaltes für den Teilort Germannsweiler

Einstimmiger Beschluss entsprechend Sitzungsvorlage – Nr. 029/20/GR

8. Anträge der Fraktionen/Stadträte

Der Antrag der AFD vom 30. Januar 2020 „Der Gemeinderat möge beschließen, die finanzielle Unterstützung für das Jugendzentrum Backnang bis auf Weiteres einzustellen“ wurde von der antragstellenden Fraktion zurückgezogen.

Der Antrag der CIB vom 24. Februar 2020 wurde eingebracht:

„Die Stadt Backnang erklärt sich zum „Sicheren Hafen“ und schließt sich damit der bundesweiten kommunalen Bewegung an. Sie folgt dem Beispiel von zurzeit 17 baden-württembergischen Städten – zuletzt Waiblingen am 17.10.2019.“